

# MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

29. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 28. Oktober 1976	Nummer 121
--------------	--	------------

## Inhalt

### I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
20301	7. 10. 1976	RdErl. d. Innenministers Durchführung der Laufbahnverordnung; Anwendung des Arbeitsplatzschutzgesetzes . . . . .	2186
20320	21. 9. 1976	RdErl. d. Finanzministers Durchführung des Fünften Bundesbesoldungserhöhungsgesetzes . . . . .	2186
21250 78420	7. 10. 1976	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln . . . . .	2186
21250	7. 10. 1976	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Überwachung des Verkehrs mit Pilzen . . . . .	2186
2160	4. 10. 1976	Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe . . . . .	2186
26	4. 10. 1976	RdErl. d. Innenministers Ausländerwesen; Abschiebung von Personen aus der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	2191
814	28. 9. 1976	Richtlinien über die Gewährung von Beihilfen aus Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen für Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus, die von Maßnahmen im Sinne des Artikels 56 § 2 des Montanunionvertrages betroffen werden . . . . .	2191
8202	28. 9. 1976	RdErl. d. Finanzministers Neufassung der Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (in der ab 1. Januar 1967 geltenden Fassung). . . . .	2191
8300	28. 9. 1976	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Bundesversorgungsgesetz (BVG); Übernahme der Kosten für Instandsetzungen von Zusatzgeräten, automatischen Kupplungen, halb- oder vollautomatischen Kraftübertragungen nach § 2 Nr. 3 in Verbindung mit § 5 Abs. 3 Nr. 2 der Verordnung zur Durchführung des § 11 Abs. 3 und des § 13 BVG . . . . .	2193
8300	1. 10. 1976	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Bundesversorgungsgesetz (BVG); Anrechnung einer im Todesfall nach beamtenrechtlichen Vorschriften gewährten Beihilfe auf das Bestattungsgeld nach den §§ 36 und 53 BVG. . . . .	2194
8300	4. 10. 1976	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Bundesversorgungsgesetz (BVG); Gewährung von Hilfsmitteln im Rahmen der Heil- und Krankenbehandlung nach § 10 Abs. 2, 4 und 5 BVG für rentenversicherte Berechtigte und Leistungsempfänger . . . . .	2194

### II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	<b>Innenminister</b>	
30. 9. 1976	Bek. – Anerkennung eines Atemschutzgerätes . . . . .	2194
11. 10. 1976	Gemeindefinanzreform; Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer im Haushaltsjahr 1976 . . . . .	2196
	<b>Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr</b>	
23. 7. 1976	Bek. – Tarif über Verkehrsabgaben im Hafen Preußisch Oldendorf . . . . .	2194
14. 10. 1976	Übereinkommen vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP) . . . . .	2196
	<b>Personalveränderungen</b>	
	Justizminister . . . . .	2196
	Landesrechnungshof . . . . .	2196

## I.

20301

**Durchführung der Laufbahnverordnung  
Anwendung des Arbeitsplatzschutzgesetzes**RdErl. d. Innenministers v. 7. 10. 1976 –  
II A 2 – 2.10.01 – 2 / 76

Mein RdErl. v. 22. 3. 1968 (SMBl. NW. 20301) wird aufgehoben.

– MBl. NW. 1976 S. 2186.

20320

**Durchführung  
des Fünften Bundesbesoldungserhöhungsgesetzes**RdErl. d. Finanzministers v. 21. 9. 1976 –  
B 2104 – 17 – IV A 2

Das Fünfte Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern (Fünftes Bundesbesoldungserhöhungsgesetz – 5. BBesErhG –) vom 24. Juli 1976 ist am 21. August 1976 im Bundesgesetzblatt Teil I S. 2197 verkündet worden. Zur Durchführung des Gesetzes gebe ich im Einvernehmen mit dem Innenminister folgende Hinweise:

- 1 **Allgemeine Erhöhung der Dienst-, Versorgungs- und Anwärterbezüge**  
Die auf Grund meines RdErl. v. 6. 5. 1976 (MBl. NW. S. 842) im Vorgriff auf die gesetzliche Regelung unter Vorbehalt geleisteten erhöhten Dienst-, Versorgungs- und Anwärterbezüge sind nunmehr als endgültig zu behandeln. Eine Änderung gegenüber den von mir in den Anlagen 1 bis 4 meines RdErl. v. 6. 5. 1976 bekanntgegebenen Beträgen ist durch dieses Gesetz nicht eingetreten. Im übrigen verweise ich auf die Ausführungen in den Nrn. 2 bis 4 des vorgenannten Runderlasses.
- 2 **Gewährung von Sonderbeträgen**
  - 2.1 Für den Anspruch auf die Sonderbeträge nach Art. V § 1 des Gesetzes sind die Verhältnisse am 1. Februar 1976 maßgebend. Spätere Änderungen haben daher keinen Einfluß auf die Gewährung der Sonderbeträge, es sei denn, daß sie auf den Stichtag zurückwirken (z. B. bei rückwirkender Einweisung in eine höhere Planstelle, bei Eheschließung im Laufe des Monats Februar 1976).
  - 2.2 Die Sonderbeträge stehen nur Beamten zu, die für den Stichtag **Anspruch auf Dienstbezüge** hatten.
  - 2.3 Der Stufe 1 des Ortszuschlages gehören auch Beamte an, denen zusätzlich der Unterschiedsbetrag zwischen Stufe 2 und einer höheren Stufe gewährt wird.
  - 2.4 Die Sonderbeträge sind unter den Voraussetzungen des Art. V § 1 des Gesetzes auch Beamten zu gewähren, deren Ehe geschieden, aufgehoben oder für nichtig erklärt ist.
  - 2.5 Die Sonderbeträge sind baldmöglichst mit den monatlichen Bezügen auszahlend.

– MBl. NW. 1976 S. 2186.

21250  
78420**Überwachung  
des Verkehrs mit Lebensmitteln**RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
v. 7. 10. 1976 – VI B 1 – 11.04.20

Folgende RdErl. werden hiermit aufgehoben:

1. Der RdErl. d. RuPrMdl. v. 22. 2. 1937 (MBl. V. S. 350/SMBl. NW. 21250)
2. Der RdErl. d. RMDl. v. 14. 6. 1937 (RGesundhBl. 1938 S. 549/SMBl. NW. 21250)

3. Die RdErl. d. RMDl.

v. 24. 3. 1941 (MBl. V. S. 573), 25. 9. 1941 (MBl. V. S. 1776), 28. 5. 1942 (MBl. V. S. 1180), – SMBl. NW. 21250 –.

4. Die RdErl. d. Innenministers

v. 1. 8. 1959, 18. 9. 1959, 12. 2. 1960, 12. 5. 1960, 26. 2. 1961, 10. 11. 1962, 20. 11. 1962 (SMBl. NW. 21250).

5. Die Gem. RdErl. d. Innenministers u. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

v. 3. 10. 1963, 23. 4. 1965 (SMBl. NW. 21250).

6. Die RdErl. d. Innenministers

v. 20. 5. 1965, 27. 12. 1965, 2. 7. 1969 (SMBl. NW. 21250).

– MBl. NW. 1976 S. 2186.

21250

**Überwachung  
des Verkehrs mit Pilzen**RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
v. 7. 10. 1976 – VI B 1 – 0621.8.27/28

Wegen der im Sommer und Herbst immer wieder vorkommenden schweren Pilzvergiftungen wird die Bevölkerung alljährlich über Presse, Rundfunk und Fernsehen darauf hingewiesen, daß beim Sammeln und Zubereiten von Pilzen Vorsicht geboten ist.

Verwechslungen von Speise- mit Gift-Pilzen können verhängnisvolle Folgen haben. Besonders gefährlich ist die Vergiftung durch den Knollenblätterpilz (*Amanita phalloides*), der mit Champignons verwechselt werden kann. Bei Pilzvergiftungen sollte in jedem Falle umgehend ein Arzt hinzugezogen werden, der ggf. die Einweisung in eine Klinik veranlassen wird.

Soweit kein Arzt erreicht werden kann, empfiehlt es sich, bei der Informationszentrale gegen Vergiftungen in der Universitäts-Kinderklinik Bonn, Telefon 22 01 08, Auskunft einzuholen.

Auf Grund der bekannten Gefahren beim Verkehr mit Pilzen hat die Deutsche Lebensmittelbuch-Kommission zum Schutz des Verbrauchers vor gesundheitlicher Schädigung in ihren Leitsätzen über Pilze und Pilzerzeugnisse vom 27. Januar 1965 (Beilage zum B-Anz. Nr. 101 vom 2. Juni 1965, GMBI. S. 166 vom 23. Juni 1965), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 20. Juni 1975 (Beilage zum B-Anz. Nr. 134 vom 25. Juli 1975, GMBI. S. 487 vom 25. Juli 1975) in einer Aufstellung die unbedenklichen und allgemein verkehrstüblichen Speisepilze zusammengefaßt.

In diesen Leitsätzen ist u. a. der Kahle Krempling oder Speckpilz nicht mit aufgeführt, weil der Genuß des Pilzes mehrfach zu Vergiftungen führte. Daher ist auch beim Kahlen Krempling der § 8 Nr. 1 des Lebensmittel- und Bedarfsgegenstandesgesetzes vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1946), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. August 1975 (BGBl. I S. 2172) anzuwenden.

Der RdErl. d. Innenministers v. 16. 7. 1969 (SMBl. NW. 21250) wird aufgehoben.

– MBl. NW. 1976 S. 2186.

2160

**Öffentliche Anerkennung  
als Träger der freien Jugendhilfe**Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
v. 4. 10. 1976 – IV B 2 – 6113

Als Träger der freien Jugendhilfe wurde nach § 9 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt in der Fassung vom 6. August 1970 (BGBl. I S. 1197), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. Juli 1976 (BGBl. I S. 1749), i. V. mit § 21 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt – AG-JWG – in der Fassung vom 1. Juli 1965 (GV. NW. S. 248), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Dezember 1974 (GV. NW. S. 1504), – SGV. NW. 216 –, öffentlich anerkannt:

Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Niederrhein e. V., Sitz Düsseldorf  
(am 18. 4. 1966)

mit folgenden ihr als Mitglieder angehörenden Kreisverbänden:

Kreisverband Duisburg  
Kreisverband Düsseldorf  
Kreisverband Essen  
Kreisverband Kleve  
Kreisverband Krefeld  
Kreisverband Leverkusen  
Kreisverband Mettmann  
Kreisverband Mönchengladbach  
Kreisverband Mülheim  
Kreisverband Neuss in Grevenbroich  
Kreisverband Oberhausen  
Kreisverband Remscheid  
Kreisverband Solingen-Weegerhof  
Kreisverband Viersen in Kempen  
Kreisverband Wesel in Moers  
Kreisverband Wuppertal

Bund der Deutschen Katholischen Jugend in Nordrhein-Westfalen, Sitz der Landesstelle in Düsseldorf

(am 28. 6. 1968)

mit folgenden in ihm zusammengeschlossenen Organisationen:

Gemeinschaften Christlichen Lebens – Jugendgemeinschaft (GCL-J)  
Jugend des Berufsverbandes Katholischer Arbeitnehmerinnen in der Hauswirtschaft (BKH)  
Junge Christliche Arbeitnehmer (CAJ)  
Katholische Studierende Jugend – Heliand-Mädchenkreis  
Jung-KKV, Bund junger Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung  
Katholische Junge Gemeinde (KJG)  
Katholische Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB)  
Kolpingjugend der Deutschen Kolpingsfamilie  
Bund Neudeutschland-Hochschulring (ND-HSR)  
Katholische Studierende Jugend, Schülergemeinschaft im Bund Neudeutschland (KSJ/ND)  
Unitas-Verband  
Verband Katholischer Kaufmännischer Berufstätiger Frauen (KKF)  
Katholische Studierende Jugend in den Gemeinschaften Christlichen Lebens (Marianische Congregation) – (KSJ-GCL/MC)  
Bund Christlicher Jugendgruppen (BCJ)  
Quickborn-Arbeitskreis  
Bund der St. Sebastianus-Schützenjugend (BDSJ)  
Schönstatt-Jugend  
Einigung Kath. Studenten an Fachhochschulen (EKSJ)  
Aktion Junges Schlesien im Heimatwerk schlesischer Katholiken  
Adalbertusjugend – Katholische Jugend aus Danziger Familien  
Gemeinschaft Junges Ermland  
Junge Grafschaft – Katholische Jugend der Grafschaft Glatz  
Katholische Ostdeutsche Jugend im St.-Hedwigs-Werk  
Jugendbund – Die Brücke

sowie den nachstehenden ihm als Mitglieder angehörenden Regional-, Bezirks-, Kreis- und Ortsverbänden:

Bund der Deutschen Katholischen Jugend im Bistum Aachen, Aachen

Regionalverbände: Aachen Stadt  
Aachen Land  
Düren  
Mönchengladbach  
Schleiden – Eifel  
Heinsberg  
Kempen-Viersen  
Krefeld

Ortsverbände in: Alsdorf  
Baesweiler  
Eschweiler

Herzogenrath  
Monschau  
Rötgen  
Stolberg  
Würselen  
Simmerath  
Aachen  
Aldenhoven  
Düren  
Heimbach  
Hürtgenwald  
Inden  
Jülich  
Kreuzau  
Langerwehe  
Merzenich  
Nideggen  
Niederzier  
Nörvenich  
Titz  
Vettweiß  
Jüchen  
Korschenbroich  
Mönchengladbach  
Blankenheim  
Dahlem  
Hellenthal  
Kall  
Mechernich  
Nettersheim  
Schleiden  
Nöten in Bad Münstereifel  
Erkelenz  
Gangelt  
Geilenkirchen  
Heinsberg  
Hückelhoven  
Selfkant  
Übach-Palenberg  
Waldfeucht  
Wassenberg  
Wegberg  
Brüggen  
Grefrath  
Kempen  
Nettetal  
Niederkrüchten  
Schwalmtal  
Tönisvorst  
Viersen  
Willich  
Meerbusch  
Krefeld

Bund der Deutschen Katholischen Jugend im Bistum Essen, Essen

Ortsverbände in: Bochum  
Bottrop  
Duisburg  
Essen  
Gelsenkirchen  
Gladbeck  
Mülheim  
Oberhausen  
Wattenscheid  
Altena  
Hattingen  
Schwelm  
Lüdenscheid

Bund der Deutschen Katholischen Jugend im Erzbistum Köln, Köln

Ortsverbände in: Bedburg  
Bensberg  
Bergheim  
Berg.-Gladbach  
Bonn-Süd  
Bonn-Nord  
Bonn-Beuel  
Bonn-Bad Godesberg  
Bornheim  
Brühl  
Düsseldorf-Mitte

Düsseldorf-Nord  
 Düsseldorf-Ost  
 Düsseldorf-Süd  
 Düsseldorf-Benrath  
 Düsseldorf-Heerdt  
 Eitorf  
 Engelskirchen  
 Erftstadt  
 Euskirchen  
 Frechen  
 Grevenbroich  
 Gummersbach  
 Hennef  
 Hilden  
 Hürth  
 Kerpen  
 Köln-Mitte-Nord  
 Köln-Mitte-Süd  
 Köln-Bayenthal  
 Köln-Lindenthal  
 Köln-Ehrenfeld  
 Köln-Nippes  
 Köln-Worringen  
 Köln-Lövenich  
 Köln-Deutz  
 Köln-Dünnwald  
 Köln-Mülheim  
 Köln-Porz  
 Königswinter  
 Langenfeld  
 Leverkusen  
 Leverkusen-Opladen  
 Meckenheim  
 Mettmann  
 Müstereifel  
 Neunkirchen  
 Neuss-Süd  
 Neuss-Nord  
 Ratingen  
 Remscheid  
 Rheinbach  
 Siegburg  
 Solingen  
 Troisdorf  
 Waldbröl  
 Wesseling  
 Wipperfürth  
 Wissen  
 Wuppertal-Barmen  
 Wuppertal-Elberfeld  
 Zons  
 Zülpich

Haltern  
 Hamm  
 Hamminkeln  
 Harrewinkel  
 Havixbeck  
 Heek  
 Heiden  
 Herten  
 Hörstel  
 Hopsten  
 Horstmar  
 Hünxe-Bruckhausen  
 Ibbenbüren  
 Isselburg  
 Issum  
 Kalkar  
 Kamp-Lintfort  
 Kempen-Tönisberg  
 Kerken  
 Kevelaer  
 Kleve  
 Kranenburg  
 Ladbergen  
 Laer  
 Langenberg-Benteler  
 Legden  
 Lengerich  
 Lienen  
 Lippstadt  
 Lippetal  
 Lüdinghausen  
 Lünen  
 Marl  
 Metelen  
 Mettingen  
 Moers  
 Münster  
 Neuenkirchen  
 Nordkirchen  
 Nordwalde  
 Nottuln  
 Ochtrup  
 Oelde  
 Oer-Erkenschwick  
 Olfen  
 Ostbevern  
 Raesfeld  
 Recke  
 Rees  
 Reken  
 Rhede  
 Rheine  
 Rheinberg  
 Rheurdt  
 Rosendahl  
 Saerbeck  
 Sassenberg  
 Selm  
 Senden  
 Sendenhorst  
 Sonsbeck  
 Südlohn  
 Scharmbeck-Altschermbeck  
 Schöppingen  
 Stadtlohn  
 Steinfurt-Borghorst  
 Steinfurt-Burgsteinfurt  
 Straelen  
 Tecklenburg  
 Telgte  
 Uedem  
 Velen  
 Voerde  
 Vreden  
 Wachtendonk  
 Wadersloh  
 Waltrop  
 Warendorf  
 Weeze  
 Werne  
 Wesel  
 Westerkappeln  
 Wettringen  
 Xanten

Bund der Deutschen Katholischen Jugend im Bistum Münster,  
 Münster

Ortsverbände in:

Ahaus  
 Ahlen  
 Alpen  
 Altenberge  
 Ascheberg  
 Beckum  
 Bedburg  
 Beelen  
 Billerbeck  
 Bocholt  
 Borken  
 Bottrop  
 Castrop-Rauxel  
 Coesfeld  
 Datteln  
 Dinslaken  
 Dorsten  
 Drensteinfurt  
 Duisburg  
 Dülmen  
 Emmerich  
 Emsdetten  
 Ennigerloh  
 Everswinkel  
 Geldern  
 Gescher  
 Goch  
 Greven  
 Gronau

**Bund der Deutschen Katholischen Jugend im Erzbistum Paderborn, Paderborn**

**Bezirksverbände:** Hochstift Paderborn  
Hellweg  
Ruhrgebiet-West  
Ruhrgebiet-Ost  
Sauerland-Nord  
Siegerland-Südsauerland  
Minden-Ravensberg-Lippe

**Kreisverbände:** Paderborn  
Höxter  
Soest  
Gütersloh  
Hochsauerland  
Olpe  
Siegen

**Ortsverbände in:** Paderborn  
Büren  
Lichtenau  
Salzkotten  
Delbrück  
Hövelhof  
Wünnenberg  
Borchen  
Bad Lippspringe  
Altenbeken  
Warburg  
Höxter  
Brakel  
Beverungen  
Borgentreich  
Steinheim  
Willebadessen  
Bad Driburg  
Marienmünster  
Nieheim  
Soest  
Werl  
Rüthen  
Anröchte  
Geseke  
Lippstadt  
Lippetal  
Welter  
Wickede  
Ense  
Möhnesee  
Bad Sassendorf  
Erwitte  
Warstein  
Langenberg  
Rheda-Wiedenbrück  
Herzebrock  
Gütersloh  
Schloß Holte-Stukenbrock  
Verl  
Rietberg  
Dortmund  
Castrop-Rauxel  
Herne  
Hagen  
Hamm  
Iserlohn  
Kamen  
Menden  
Unna  
Lünen  
Bergkamen  
Bönen  
Fröndenberg  
Holzwickede  
Schwerte  
Hemer  
Herdecke  
Wetter  
Witten  
Arnsberg  
Brilon  
Marsberg  
Medebach  
Meschede  
Sundern  
Balve

Eslohe  
Schmallenberg  
Bestwig  
Olsberg  
Winterberg  
Hallenberg  
Olpe  
Finnentrop  
Attendorf  
Lennestadt  
Kirchhundem  
Drolshagen  
Wenden  
Siegen  
Freudenberg  
Kreuztal  
Hilchenbach  
Erndtebrück  
Bad Berleburg  
Laasphe  
Netphen  
Wilnsdorf  
Neunkirchen  
Burbach  
Bielefeld  
Herford  
Minden  
Steinhagen  
Halle  
Versmold  
Borgholzhausen  
Werther  
Spenge  
Engern  
Hiddenhausen  
Vlotho  
Löhne  
Dörentrup  
Lemgo  
Augustdorf  
Schlangen  
Horn-Bad Meinberg  
Lübbecke  
Oerlinghausen  
Detmold  
Lage  
Leopoldshöhe  
Bad Salzuflen  
Kirchlengern  
Bünde  
Rödinghausen  
Preuss. Oldendorf  
Stemwede  
Rahden  
Espelkamp  
Hille  
Hüllhorst  
Bad Oeynhausen  
Porta Westfalica  
Petershagen  
Kalletal  
Extertal  
Barntrup  
Lügde  
Schieder-Schwalenberg  
Blomberg

Caritasverband für die Diözese Münster e. V., Sitz Münster  
(am 18. 4. 1966)

mit folgenden ihm als Mitglieder angeschlossenen Orts-, Bezirks- und Dekanatsverbänden:

Caritasverband für das Dekanat Bocholt e. V., Bocholt  
Caritasverband für die Dekanate Borghorst und Burgsteinfurt, Borghorst  
Caritasverband für den Kreis Coesfeld, Coesfeld  
Caritasverband für das Dekanat Dinslaken, Dinslaken  
Caritasverband Geldern e. V., Geldern  
Caritasverband Tecklenburger Land e. V., Ibbenbüren  
Caritasverband für den Kreis Kleve e. V., Kleve  
Caritasverband Marl e. V., Marl

Caritasverband für die Stadt Münster e. V., Münster  
 Caritasverband Recklinghausen e. V., Recklinghausen  
 Caritasverband für die Stadt und Dekanat Rheine, Rheine  
 Caritasverband für den Kreis Rees e. V., Wesel

Deutsche Jugendfeuerwehr, Sitz Bonn-Bad Godesberg  
 (am 27. 11. 1973)

Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Nordrhein e. V., Sitz  
 Düsseldorf  
 (am 18. 4. 1966)

mit folgenden ihm als Mitglieder angehörenden Kreis- und  
 Ortsverbänden:

Kreisverband: Aachen-Stadt  
 Kreisverband: Aachen-Land  
 Ortsverein: Dürwiß  
 Kreisverband: Bergheim  
 Kreisverband: Bonn  
 Kreisverband: Dinslaken  
 Kreisverband: Düren  
 Kreisverband: Düsseldorf-Stadt  
 Kreisverband: Düsseldorf-Mettmann  
 Ortsvereine: Erkrath  
 Hochdahl  
 Langenberg  
 Langenfeld  
 Mettmann  
 Neviges  
 Ratingen  
 Velbert  
 Wülfrath  
 Kreisverband: Duisburg  
 Ortsvereine: Homburg  
 Rheinhausen  
 Rumeln-Kaldenhausen,  
 Kreisverband: Essen  
 Kreisverband: Euskirchen  
 Kreisverband: Geldern  
 Kreisverband: Grevenbroich  
 Ortsvereine: Grevenbroich  
 Dormagen  
 Gustorf  
 Hochneukirch  
 Kaarst  
 Kapellen  
 Korschenbroich  
 Rommerskirchen  
 Wevelinghoven  
 Kreisverband: Heinsberg  
 Kreisverband: Jülich  
 Ortsvereine: Jülich  
 Aldenhoven  
 Inden  
 Koslar  
 Siersdorf  
 Stetternich  
 Titz  
 Kreisverband: Kempen  
 Kreisverband: Kleve  
 Kreisverband: Köln-Stadt  
 Kreisverband: Köln-Land  
 Kreisverband: Krefeld  
 Kreisverband: Mönchengladbach  
 Kreisverband: Moers  
 Ortsvereine: Alpen  
 Borth  
 Budberg  
 Kamp-Lintfort  
 Kapellen

Menzeler.  
 Moers  
 Neukirchen  
 Orsoy  
 Rheinberg  
 Sonsbeck  
 Vluyt  
 Xanten

Kreisverband: Mülheim/Ruhr

Kreisverband: Neuss

Kreisverband: Oberberg. Kreis

Ortsvereine: Derschlag  
 Denklingen  
 Engelskirchen  
 Gummersbach  
 Klüppelberg  
 Lindlar  
 Nümbrecht  
 Runderoth  
 Waldbröl  
 Wiehl  
 Wipperfürth

Kreisverband: Oberhausen

Kreisverband: Rees

Kreisverband: Remscheid

Kreisverband: Rhein. Berg. Kreis

Ortsvereine: Bensberg  
 Bergisch Gladbach  
 Odenthal  
 Overath  
 Rösrath

Kreisverband: Rhein-Sieg  
 Ortsvereine: Bad Honnef

Bornheim  
 Eitorf  
 Hennef  
 Lohmar  
 Meckenheim  
 Rheinbach  
 Ruppichteroth  
 Siegburg  
 Niederkassel

Kreisverband: Leverkusen

Kreisverband: Rheydt

Kreisverband: Solingen

Kreisverband: Viersen

Kreisverband: Wuppertal

Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Westfalen-Lippe  
 e. V., Sitz Münster  
 (am 18. 4. 1966)

mit folgenden ihm als Mitglieder angeschlossenen Kreisver-  
 bänden:

Ahaus in Ahaus  
 Altena in Altena  
 Arnsberg in Arnsberg  
 Bielefeld in Bielefeld  
 Bocholt in Bocholt  
 Bochum in Bochum  
 Borken in Borken  
 Bottrop in Bottrop  
 Brilon in Brilon  
 Büren in Büren  
 Castrop-Rauxel in Castrop-Rauxel  
 Coesfeld in Coesfeld  
 Detmold in Detmold  
 Dortmund in Dortmund  
 Ennepe-Ruhr in Schwelm  
 Gelsenkirchen in Gelsenkirchen  
 Gladbeck in Gladbeck  
 Hagen in Hagen  
 Halle in Halle  
 Hamm in Hamm  
 Herford-Stadt in Herford  
 Herford-Land in Bünde  
 Herne in Herne

Höxter in Höxter  
 Iserlohn-Stadt in Iserlohn  
 Iserlohn-Land in Iserlohn  
 Lemgo in Lemgo  
 Lippstadt in Lippstadt  
 Lüdenscheid in Lüdenscheid  
 Lüdinghausen in Lüdinghausen  
 Lünen in Lünen  
 Meschede in Meschede  
 Minden-Lübbecke in Minden  
 Münster in Münster  
 Olpe in Olpe  
 Paderborn in Paderborn  
 Recklinghausen-Stadt in Recklinghausen  
 Recklinghausen-Land in Recklinghausen  
 Siegerland in Siegen  
 Soest in Soest  
 Steinfurt in Burgsteinfurt  
 Tecklenburg in Ibbenbüren  
 Unna in Unna  
 Wanne-Eickel in Wanne-Eickel  
 Warburg in Warburg  
 Warendorf-Beckum, Neubeckum  
 Wattenscheid in Wattenscheid  
 Wiedenbrück in Rheda-Wiedenbrück  
 Witten in Witten  
 Wittgenstein in Bad Berleburg

Jugendwerk St. Georg e. V., Sitz Haltern  
 (am 20. 8. 1971)

Rheinische Landjugend e. V., Sitz Bonn  
 (am 28. 6. 1968)

mit folgenden ihr als Mitglieder angehörenden Bezirks- und Kreisverbänden:

Ratingen  
 Rhein-Wupper in Opladen  
 Oberberg. Siebkreis in Niederseßmar  
 Moers  
 Rheydt  
 Mülheim-Ruhr  
 Grevenbroich-Neuss in Orken  
 Solingen-Remscheid in Solingen  
 Viersen  
 Voreifel in Kall

Westfälische-Lippische Landjugend e. V., Sitz Münster  
 (am 28. 6. 1968)

mit folgenden ihr als Mitglieder angehörenden Bezirks- und Kreisverbänden:

Märkischer Kreis in Lüdenscheid  
 Bielefeld  
 Bochum/Dortmund in Dortmund  
 Ennepe-Ruhr in Gevelsberg  
 Halle  
 Herford  
 Lippe in Lage-Lippe  
 Lübbecke  
 Minden  
 Soest  
 Steinfurt in Burgsteinfurt  
 Tecklenburg in Ibbenbüren  
 Unna  
 Wiedenbrück

Arbeitskreis zur Förderung Clubs junger Menschen e. V., Sitz Hagen  
 (am 26. 1. 1967)

Die Bek. v. 27. 11. 1973 (MBI. NW. S. 2137) wird hiermit aufgehoben.

– MBI. NW. 1976 S. 2186.

26

### **Ausländerwesen Abschiebung von Personen aus der Bundesrepublik Deutschland**

RdErl. d. Innenministers v. 4. 10. 1976 –  
 I C 3/43.44

Mein RdErl. v. 25. 8. 1976 (MBI. NW. S. 1922/SMBI. NW. 26) wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 Nr. 6 wird der Punkt nach dem Klammerhinweis durch einen Beistrich ersetzt.
2. Nach Nummer 6 wird folgende Nummer 7 eingefügt:  
 die Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesregierung der Republik Österreich über die Übernahme von Personen an der Grenze vom 25. August 1961 (BANz. 1961 Nr. 169).

– MBI. NW. 1976 S. 2191.

814

### **Richtlinien über die Gewährung von Beihilfen aus Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen für Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus, die von Maßnahmen im Sinne des Artikels 56 § 2 des Montanunionvertrages betroffen werden Vom 28. September 1976**

Die Richtlinien der Landesregierung vom 3. Mai 1966 (SMBI. NW. 814) werden wie folgt geändert und ergänzt:

1. Nach dem Abschnitt 3.27 wird folgender Abschnitt 3.28 eingefügt:  
 „3.28 Im Hinblick auf den Erlaß des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 31. Mai 1976 (BANz. Nr. 106 vom 9. Juni 1976) kann abweichend von Abschnitt 3.21 Satz 3 in den Fällen, in denen der Bemessungszeitraum nach § 112 AFG überwiegend vor dem 1. Mai 1975 liegt, die Lohnbeihilfe frühestens vom 1. Mai 1975 an und längstens bis zum Ablauf von 24 Monaten seit der Entlassung des Arbeitnehmers in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen 96 v. H. des letzten im Bergbau bezogenen Nettoarbeitsentgelts aus der geringer entlohten Tätigkeit gewährt werden. In den Fällen, in denen die Lohnbeihilfe nach dem Abschnitt 3.27 erhöht wurde, wird die nach diesem Abschnitt in Betracht kommende Höchstgrenze um die Zahl 6 heraufgesetzt. Abschnitt 3.24 Satz 3 ist sinngemäß anzuwenden. Abschnitt 3.21 Sätze 1, 2, 4 und 5 gilt entsprechend.“
2. Im Abschnitt 3.31 wird die Zahl „3.27“ durch die Zahl „3.28“ ersetzt.

– MBI. NW. 1976 S. 2191.

8202

### **Neufassung der Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (in der ab 1. Januar 1967 geltenden Fassung)**

RdErl. d. Finanzministers v. 28. 9. 1976 –  
 B 6130 – 1.2.1 – IV 1

Der Bundesminister der Finanzen hat gemäß § 14 Abs. 1 der Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) die vom Verwaltungsrat beschlossene Zwölfte Änderung der Satzung genehmigt und im Bundesanzeiger Nr. 176 vom 17. 9. 1976 veröffentlicht.

Nachstehend gebe ich die Änderung der Satzung bekannt. Die Satzung der VBL ist mit RdErl. v. 12. 1. 1967 (SMBI. NW. 8202) veröffentlicht worden.

## § 1

**Änderung der Satzung**

Die Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder vom 27. Juli 1966, zuletzt geändert durch die Elfte Änderung der Satzung vom 18. November 1974, wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. In § 14 Abs. 3 Buchstabe c wird die Zahl „44“ durch das Wort „44 a“ ersetzt.
2. § 30 erhält die folgende Fassung:

## „§ 30

## Nachversicherung auf Grund des Betriebsrentengesetzes

(1) Ist ein Arbeitnehmer nach § 18 Abs. 6 des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (Betriebsrentengesetz) nachzuversichern, sind Beiträge und Umlagen zur Anstalt für den entsprechenden Zeitraum in der Höhe nachzuentsrichten, in der sie zu entrichten gewesen wären, wenn Pflicht zur Versicherung bestanden hätte. Beiträge und Umlagen, die nach Fälligkeit (§ 18 Abs. 6 Sätze 4 und 5 des Betriebsrentengesetzes) entrichtet werden, sind entsprechend § 29 Abs. 8 zu verzinsen.

(2) Beiträge, die nach Absatz 1 nachentrichtet worden sind, gelten als Pflichtbeiträge.

(3) Werden Beiträge und Umlagen durch einen an der Anstalt nicht beteiligten Arbeitgeber nachentrichtet, gilt dieser insoweit als Beteiligter im Sinne dieser Satzung.

3. § 31 erhält folgende Fassung:

## „§ 31

## Auszubildende

Die §§ 26 bis 29 gelten entsprechend für Auszubildende im Sinne des für die Beteiligten nach § 19 Abs. 2 Buchstabe a geltenden Manteltarifvertrages für Auszubildende vom 6. Dezember 1974 in der jeweils geltenden Fassung oder eines diesen Tarifvertrag ersetzenden Tarifvertrages.

4. In § 32 Abs. 1 Satz 1 werden jeweils nach dem Wort „Endet“ und dem Wort „erlischt“ die Worte „vor dem 1. Januar 1976“ eingefügt.

5. § 34 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Unterabs. 2 erhält folgende Fassung:

„Eine beitragsfreie Versicherung entsteht nicht, wenn ein Anspruch auf Versorgungsrente oder Versicherungsrente besteht, und zwar auch dann nicht, wenn die Rente nach § 62 a nicht gezahlt wird.“

- b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Worte „– mit Ausnahme der in § 60 Abs. 2 Satz 2 genannten Beiträge –“ gestrichen.

6. § 39 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Buchstabe e wird das Wort „Pflichtversicherte“ durch das Wort „Versicherte“ ersetzt.

- b) In Absatz 2 Buchstabe c werden die Worte „§ 48 Abs. 1 Nr. 1“ durch die Worte „§ 48 Abs. 1“ ersetzt.

7. In § 43 Abs. 1 Satz 2 wird das Wort „Grundgehalt“ durch das Wort „Ortszuschlag“ ersetzt.

8. Dem § 44 Abs. 1 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Pflichtbeiträge, die auf Grund eines Arbeitsverhältnisses im Sinne des § 44 a entrichtet worden sind, bleiben unberücksichtigt.“

9. Es wird folgender § 44 a eingefügt:

## „§ 44 a

## Versicherungsrente auf Grund des Betriebsrentengesetzes

War ein Versicherungsrentenberechtigter nach dem 21. Dezember 1974 und nach Vollendung seines 35. Lebensjahres aus einem Arbeitsverhältnis ausgeschieden, auf Grund dessen er

- a) seit mindestens zehn Jahren ununterbrochen durch denselben Beteiligten oder dessen Rechtsvorgänger pflichtversichert gewesen ist oder
- b) – wenn das Arbeitsverhältnis mindestens zwölf Jahre ohne Unterbrechung bestanden hatte – seit minde-

stens drei Jahren ununterbrochen durch denselben Beteiligten oder dessen Rechtsvorgänger pflichtversichert gewesen ist,

wird die Versicherungsrente für die Zeit dieses Arbeitsverhältnisses wie folgt berechnet:

1. Für je zwölf der in dem nach Buchstabe a oder b maßgebenden Arbeitsverhältnis mit Pflichtbeiträgen belegten Monate werden als monatliche Versicherungsrente 0,4 v. H. des Entgelts (Nummer 2) gewährt.
2. Entgelt im Sinne der Nummer 1 ist das Entgelt, das nach § 43 Abs. 1, 2 und 4 im Zeitpunkt der Beendigung des Arbeitsverhältnisses gesamtversorgungsfähig gewesen wäre, wenn in diesem Zeitpunkt der Versicherungsfall eingetreten wäre und die Versorgungsrente am Ersten des folgenden Kalendermonats begonnen hätte.
3. Für die Ermittlung der mit Pflichtbeiträgen belegten Monate gelten § 38 Abs. 1 Sätze 2 und 3 entsprechend. Ein verbleibender Rest von weniger als zwölf Monaten bleibt bei der Berechnung unberücksichtigt.

Erreicht der nach den Nummern 1 bis 3 errechnete Betrag nicht monatlich 1,25 v. H. der Summe der für die Zeit des Arbeitsverhältnisses nach Buchstabe a oder b entrichteten Pflichtbeiträge, ist dieser Betrag maßgebend.“

10. In den §§ 52 und 53 wird jeweils das Zitat „§ 44“ durch das Zitat „§§ 44, 44 a“ ersetzt.

11. § 54 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift des § 54 wird das Wort „Anspruchsberechtigten“ durch das Wort „Hinterbliebenen“ ersetzt.

- b) In Absatz 1 Satz 1 wird das Zitat „§ 44“ durch das Zitat „§§ 44, 44 a“ ersetzt.

12. In § 56 Abs. 1 Satz 1 wird das Wort „Grundgehalt“ durch das Wort „Ortszuschlag“ ersetzt.

13. In § 59 Abs. 6 werden die Worte „Absatz 1 und 4“ durch die Worte „Absatz 1, 1 a und 4“ ersetzt.

14. § 60 wird wie folgt geändert:

- a) Die Absätze 1 bis 3 werden durch folgende Absätze 1 bis 4 ersetzt:

„(1) Der beitragsfrei Versicherte kann die Erstattung der Beiträge beantragen, wenn der Versicherungsfall eingetreten ist und ein Anspruch auf Versicherungsrente nicht besteht.

(2) Der Versicherte, dessen freiwillige Weiterversicherung geendet hat, ohne daß ein Anspruch auf Versicherungsrente besteht, kann jederzeit die Erstattung der Beiträge zur freiwilligen Weiterversicherung beantragen. Hat die Anstalt eine Versorgungsrente oder eine Versicherungsrente gewährt, werden nur die nach dem Beginn der Rente entrichteten Beiträge zur freiwilligen Weiterversicherung erstattet.

(3) Der Antrag auf Beitragserstattung gilt – außer in den Fällen des Absatzes 2 – für alle Beiträge. Er kann nicht widerrufen werden. Rechte aus der Versicherung für Zeiten, für die Beiträge erstattet werden, erlöschen mit der Antragstellung.

(4) Das Recht, die Beitragserstattung zu beantragen, erlischt mit der Vollendung des 67. Lebensjahres, in den Fällen des § 27 Abs. 2 Satz 3 jedoch erst vierundzwanzig Monate nach dem Ende der Pflichtversicherung.“

- b) Die bisherigen Absätze 4 bis 7 werden Absätze 5 bis 8.

- c) Absatz 6 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 3 werden die Worte „Absatz 4“ durch die Worte „Absatz 5“ ersetzt.

- bb) In Satz 4 werden die Worte „Absatz 1 Satz 3“ durch die Worte „Absatz 4“ ersetzt.

15. In § 62 a Abs. 1 erhält Buchstabe a folgende Fassung:

„a) bei dem Versorgungsrentenberechtigten und dem Versicherungsrentenberechtigten, bei dem der Versicherungsfall nach § 39 Abs. 1 Buchstaben c bis e eingetreten ist, das Altersruhegeld aus der gesetzlichen Rentenversicherung nach § 1248 Abs. 4 RVO, § 25 Abs. 4 AVG oder § 48 Abs. 4 RKG wegfällt.“

16. In § 64 Abs. 3 werden die Worte „Abs. 1 und Abs. 2“ durch die Worte „Absatz 1 und 2“ ersetzt.



## 17. § 65 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Buchstabe b werden nach den Worten „nicht erfüllt hat“ die Worte „und für den die Wartezeit auch nicht als erfüllt gilt“ eingefügt.
- b) Dem Absatz 4 werden folgende Sätze als Unterabsatz angefügt:  
„Die Zuwendung im Sinne der für die Beteiligten nach § 19 Abs. 2 Buchstabe a geltenden Zuwendungstarifverträge vom 12. Oktober 1973 in der jeweils geltenden Fassung oder der diese Tarifverträge ersetzenden Tarifverträge oder entsprechende Leistungen sind im Monat der Auszahlung zu berücksichtigen; Sonderbeträge für Kinder bleiben außer Ansatz. Die nach Satz 1 maßgebenden Höchstgrenzen sind für diesen Monat zu verdoppeln.“
- c) Dem Absatz 6 wird folgender Unterabsatz angefügt:  
„Absatz 4 Unterabsatz 2 gilt entsprechend.“

## 18. In § 66 wird folgender Absatz 3a eingefügt:

„(3a) Ist ein beitragsfrei Versicherter, ein Versicherungsrentenberechtigter oder ein versicherungsrentenberechtigter Hinterbliebener zu einer der in Absatz 3 genannten Strafen rechtskräftig verurteilt worden, entsteht nicht bzw. erlischt der Anspruch auf eine Versicherungsrente nach § 44a Satz 1 Nr. 1 bis 3, §§ 52 bis 54 in Verbindung mit § 44a Satz 1 Nr. 1 bis 3. Der Berechtigte ist verpflichtet, der Anstalt die rechtskräftige Verurteilung mitzuteilen. Die Versicherungsrente ist nach § 44 Abs. 1 Satz 1 neu zu berechnen.“

## 19. In § 67 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „ohne alleiniges oder überwiegendes Verschulden der Witwe“ gestrichen.

## 20. § 70 erhält folgende Fassung:

## „§ 70

Rückzahlung zuviel gezahlter Anstaltsleistungen

## (1) Hat sich die Versorgungsrente

- a) wegen einer Änderung der Bezüge im Sinne des § 40 Abs. 2, § 49 Abs. 2, § 50 Abs. 4 oder
- b) wegen einer Neuberechnung nach § 55a vermindert, hat der Berechtigte den etwa überzahlten Betrag nach Maßgabe der Absätze 2 und 3 zurückzahlen.

(2) Ergibt sich die Überzahlung aus der Gewährung oder Änderung einer Rente oder eines Altersruhegeldes aus der gesetzlichen Rentenversicherung, gilt der überzahlte Betrag als Vorschuß auf die Rente oder das Altersruhegeld. Der Berechtigte ist verpflichtet, insoweit seine Ansprüche gegen den Träger der gesetzlichen Rentenversicherung an die Anstalt abzutreten.

(3) Soweit Absatz 2 nicht anzuwenden ist, der Berechtigte seiner Verpflichtung zur Abtretung nicht nachkommt oder die Abtretung nicht zu einer Erfüllung des Rückzahlungsanspruchs der Anstalt führt, gilt der überzahlte Betrag als Vorschuß auf die Leistungen der Anstalt.

(4) Die Verpflichtung zum Ausgleich von Überzahlungen in anderen Fällen bleibt unberührt.

(5) Die Anstalt kann die Rückzahlung überzahlter Anstaltsleistungen zur Vermeidung einer besonderen Härte ganz oder teilweise erlassen.“

## 20a. Dem § 75 Abs. 3 wird folgender Satz angefügt:

„Nach Berechnung einer Versicherungsrente nach § 44a bzw. nach den §§ 52, 53 in Verbindung mit § 44a sind die diesen Renten zugrunde liegenden Pflichtbeiträge dem Umlagevermögen zuzuführen.“

## 21. § 76 Abs. 5 wird gestrichen.

## 21a. In § 77 Abs. 1 Buchstabe a werden nach dem Wort „Versicherungsrenten“ die Worte „mit Ausnahme der Versicherungsrenten nach § 44a bzw. nach den §§ 52, 53 in Verbindung mit § 44a“ eingefügt.

## 22. § 86 Abs. 5 wird gestrichen.

## 23. § 92 wird wie folgt geändert:

## a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Versicherungsfalles“ die Worte „längstens jedoch bis zum 31. Dezember 1975“ eingefügt.

## bb) Satz 2 wird gestrichen.

## b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 wird das Wort „erlischt“ durch die Worte „vor dem 1. Januar 1976 erloschen ist“ ersetzt, und es werden nach den Worten „folgenden Tage an“ die Worte „bis zum 31. Dezember 1975“, nach dem Wort „weiterversichert“ das Wort „gewesen“ und nach dem Wort „erwirbt“ die Worte „als Versorgungsrente im Sinne des § 40 Abs. 3 oder als Versicherungsrente“ eingefügt.

## - bb) Es wird folgender Satz 2 eingefügt:

„Erlischt die Versorgungsrente oder Versicherungsrente eines in Satz 1 genannten Versorgungsrentenberechtigten oder Versicherungsrentenberechtigten nach dem 31. Dezember 1975, erhält er, wenn er erneut Anspruch auf Versorgungsrente oder Versicherungsrente erwirbt, als Versorgungsrente im Sinne des § 40 Abs. 3 oder als Versicherungsrente mindestens den in Satz 1 genannten Betrag.“

- cc) In Satz 3 werden nach den Worten „Satz 1“ die Worte „und 2“ eingefügt.

## 24. Dem § 94a wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Die Absätze 2 und 3 gelten nicht in den Fällen des § 30.“

25. In § 96 werden die Worte „bis zum Eintritt des Versicherungsfalles“ durch die Worte „bis zum 31. Dezember 1975“ ersetzt.

## § 2

## Änderung der Ausführungsbestimmungen zu § 65

In den Ausführungsbestimmungen zu § 65 Abs. 2 Satz 2 werden in Nummer 1 die Worte „in der sowjetischen Besatzungszone oder in dem Sowjetsektor von Berlin“ ersetzt durch die Worte „in der DDR oder in Berlin (Ost)“.

## § 3

## Übergangsvorschrift zu § 32

Endet die Pflichtversicherung vor der Veröffentlichung dieser Satzungsänderung im Bundesanzeiger und wäre der Versicherte bei Weitergeltung des § 32 in der bisherigen Fassung zur freiwilligen Weiterversicherung berechtigt gewesen, ist dem Antrag auf freiwillige Weiterversicherung stattzugeben, wenn dieser Antrag innerhalb der Ausschlussfrist des § 32 gestellt worden ist.

## § 4

## Inkrafttreten

Es treten in Kraft

- a) § 1 Nr. 1, 2, 6, 8 bis 10, 11 Buchstabe b, Nr. 15, 18, 21 und 24 mit Wirkung vom 22. Dezember 1974,
- b) § 1 Nr. 7, 12 und 13 mit Wirkung vom 1. Januar 1975,
- c) § 1 Nr. 5 Buchstabe b und Nr. 14 sowie in § 1 Nr. 2 – Änderung des § 30 – Absatz 1 Satz 2 am 1. Januar 1977,
- d) die übrigen Vorschriften mit Wirkung vom 1. Januar 1976.

– MBl. NW. 1976 S. 2191.

## 8300

## Bundesversorgungsgesetz (BVG)

**Übernahme der Kosten für Instandsetzungen von Zusatzgeräten, automatischen Kupplungen, halb- oder vollautomatischen Kraftübertragungen nach § 2 Nr. 3 in Verbindung mit § 5 Abs. 3 Nr. 2 der Verordnung zur Durchführung des § 11 Abs. 3 und des § 13 BVG**

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
v. 28. 9. 1976 – II B 2 – 4062.4 (39/76)

In der Frage, ob im Zusammenhang mit der Kostenübernahme für die Instandsetzung von Zusatzgeräten, automatischen Kupplungen, halb- oder vollautomatischen Kraftübertragungen oder ähnlichen Vorrichtungen nach § 2 Nr. 3 in Verbindung mit § 5 Abs. 3 Nr. 2 der Verordnung zur Durchführung des § 11 Abs. 3 und des § 13 BVG (DVO) auch der Austausch kompletter Vorrichtungen noch als Instandsetzung

im Sinne der genannten Vorschriften angesehen werden kann, vertrete ich in Übereinstimmung mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung folgende Auffassung:

Eine Instandsetzung setzt einen Defekt voraus. Sie hat den Zweck, die in ihrer Funktion gestörte oder ausgefallene Vorrichtung wieder funktionsfähig zu machen. Das kann durch Reparatur in der Werkstatt geschehen, wobei die vorhandene Vorrichtung – repariert – im Fahrzeug verbleibt. Dabei ist unerheblich, wenn bei der Instandsetzung auch Neuteile verwendet worden sind. Als Instandsetzung ist jedoch auch der Austausch kompletter Vorrichtungen gegen bereits werksseitig **instandgesetzte** entsprechende Vorrichtungen anzusehen, der aus Kostengründen vorgenommen wird, weil die an sich in der Werkstatt mögliche Reparatur erheblich teurer würde. Gleiches gilt für Fälle, in denen ein solcher Austausch defekter Vorrichtungen gegen werksseitig **instandgesetzte** Vorrichtungen vom Herstellerwerk vorgeschrieben ist, eine Reparatur von der Werkstatt demnach nicht in Betracht kommt. Nicht als Instandsetzung ist dagegen der Einbau kompletter fabrikneuer Vorrichtungen (z. B. fabrikneues automatisches Getriebe) anzusehen.

Innerhalb eines Zeitraumes von 5 Jahren können die Kosten für Instandsetzungen bis zur Höhe der in § 5 Abs. 3 Nr. 2 Buchstabe d DVO zu § 11 Abs. 3 und § 13 BVG vorgesehenen Beträge übernommen werden. Der Zeitraum beginnt in entsprechender Anwendung der Vorschrift des § 5 Abs. 3 Nr. 6 DVO mit der Zulassung des Motorfahrzeugs für den Beschädigten oder, wenn der Einbau der genannten Vorrichtungen erst nach der Zulassung vorgenommen worden ist, vom Zeitpunkt des Einbaus an. Nach Ablauf des Zeitraumes von 5 Jahren können die Instandsetzungskosten für den folgenden Fünfjahreszeitraum erneut übernommen werden, wenn das Motorfahrzeug weiterhin für den Beschädigten zugelassen ist. Nicht verbrauchte Beträge können nicht im folgenden Fünfjahreszeitraum zusätzlich in Anspruch genommen werden. Die Gewährung solcher Beträge als Härteausgleich nach § 89 BVG ist gleichfalls nicht möglich, weil dies eine unzulässige Ausweitung des in der Verordnung festgelegten Leistungsrahmens bedeutete.

– MBl. NW. 1976 S. 2193.

### 8300

#### Bundesversorgungsgesetz (BVG)

##### Anrechnung einer im Todesfall nach beamtenrechtlichen Vorschriften gewährten Beihilfe auf das Bestattungsgeld nach den §§ 36 und 53 BVG

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 1. 10. 1976 – II B 2 – 4210 (38/76)

Nach Nr. 12 Abs. 1 der Beihilfenvorschriften (BhV) des Bundes i. d. F. der Bekanntmachung vom 15. Februar 1975 (GMBl. 1975 Nr. 7 S. 109) wird seit dem 1. 3. 1975 zu den Aufwendungen in Sterbefällen eine Pauschalbeihilfe gezahlt. Bei der Gewährung von Beihilfen nach Nr. 12 oder auch in Verbindung mit Nr. 15 Abs. 1 BhV zu den Aufwendungen in Sterbefällen der Beihilfeberechtigten oder ihrer berücksichtigungsfähigen Familienangehörigen ist u. a. das Bestattungsgeld nach den §§ 36 und 53 BVG nicht auf die Pauschale anzurechnen. Deshalb sind diese Pauschalbeträge als eine aufgrund anderer gesetzlicher Vorschriften zu gewährende Leistung auf das Bestattungsgeld nach dem Bundesversorgungsgesetz anzurechnen.

Bei den Beihilfen nach Nr. 15 Abs. 2 BhV für sonstige Hinterbliebene ist das Bestattungsgeld nach den §§ 36 und 53 BVG allerdings weiterhin zu berücksichtigen. Sie dürfen daher nicht nach § 36 Abs. 4 BVG auf das Bestattungsgeld angerechnet werden.

Bei Beihilfen, die nach der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen des Landes Nordrhein-Westfalen (Beihilfeverordnung – BVO) vom 27. März 1975 (GV. NW. S. 332/SGV. NW. 20320) gewährt werden, ist entsprechend zu verfahren.

Dieser RdErl. ergeht in Übereinstimmung mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Meinen RdErl. v. 6. 5. 1971 (SMBl. NW. 8300) hebe ich auf.

– MBl. NW. 1976 S. 2194.

### 8300

#### Bundesversorgungsgesetz (BVG)

##### Gewährung von Hilfsmitteln im Rahmen der Heil- und Krankenbehandlung nach § 10 Abs. 2, 4 und 5 BVG für rentenversicherte Berechtigte und Leistungsempfänger

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 4. 10. 1976 – II B 2 – 4031 (41/76)

Zur Frage der Gewährung von Hilfsmitteln für Berechtigte und Leistungsempfänger nach § 10 Abs. 2, 4 und 5 BVG, die nicht krankenversichert, aber rentenversichert sind, nehme ich in Übereinstimmung mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung wie folgt Stellung:

Wenn die Erwerbsfähigkeit eines Versicherten gefährdet oder gemindert ist und voraussichtlich erhalten, wesentlich gebessert oder wiederhergestellt werden kann, kann der Rentenversicherungsträger nach §§ 1236 RVO, 13 AVG, medizinische Leistungen zur Rehabilitation vor allem in Kur- und Spezialeinrichtungen gewähren. Zu den Leistungen gehört auch die Ausstattung mit Körperersatzstücken orthopädischen und anderen Hilfsmitteln (§§ 1237 RVO, 14 AVG). Hierauf besteht jedoch kein Rechtsanspruch; vielmehr haben die Versicherungsträger Körperersatzstücke, orthopädische und andere Hilfsmittel nach pflichtgemäßem Ermessen zu gewähren. Sofern diese Leistungen von den Versicherungsträgern aufgrund des ihnen eingeräumten Ermessens abgelehnt werden und die Ablehnung nicht deshalb erfolgt, weil nach den §§ 10–24a BVG Leistungen für denselben Zweck vorgesehen sind (§ 18c Abs. 6 Satz 1 BVG), liegen Ausschlussgründe im Sinne des § 10 Abs. 7 Buchstabe a BVG nicht vor.

– MBl. NW. 1976 S. 2194.

## II.

### Innenminister

#### Anerkennung eines Atemschutzgerätes

Bek. d. Innenministers v. 30. 9. 1976 – VIII B 4 – 4.428 – 21

Das mit Bek. v. 28. 6. 1974 (MBl. NW. 1974 S. 943) anerkannte Behältergerät mit Druckluft (Preßluftatmer) AGA Divator 316 kann in zwei Stellungen des Lungenautomaten beatmet werden, und zwar in der Stellung 1 wie ein normaler Preßluftatmer und in der Stellung 2 als Überdruckgerät. Die Stellung 2 hat zur Folge, daß der Ausatemwiderstand wesentlich über dem nach Ziff. 2.33 der Richtlinien für den Bau und die Prüfung von Behältergeräten mit Druckluft (Preßluftatmern) für die Brandbekämpfung und Hilfeleistung bei den Feuerwehren (RdErl. v. 16. 5. 1968 – SMBl. NW. 2134 –) zulässigen Wert liegt.

Ich weise deshalb darauf hin, daß der AGA Divator 316 im Feuerwehreinsatz nur mit Normalstellung des Lungenautomaten (Stellung 1) eingesetzt werden darf. Die Stellung 2 darf nur zur Druckentlastung des Gerätes benutzt werden.

– MBl. NW. 1976 S. 2194.

### Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr

#### Tarif über Verkehrsabgaben im Hafen Preußisch Oldendorf

Bek. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 23. 7. 1976 – V/B 4 – 44–82

Folgenden Tarif habe ich am 23. 7. 1976 festgestellt

#### Tarif über Verkehrsabgaben im Hafen Preußisch Oldendorf vom 23. 7. 1976

1. **Geltungsbereich**  
Im Bereich  
des Hafens Preußisch Oldendorf  
– km 70,853 – 71,760 Südufer des Mittellandkanals –

werden Hafengebühren (Hafengeld, Ufergeld) nach Maßgabe dieses Tarifs erhoben.

Diese Verkehrsabgaben enthalten keine Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer).

## 2. Allgemeine Bestimmungen

- 2.1 Werden Abgaben nach Tragfähigkeitstonnen berechnet, sind die Angaben hierüber im Eichschein oder Seemeßbrief maßgebend. Sind Fahrzeuge nicht geeicht, sondern nach Nettorauengehalt vermessen, ist 1 cbm Nettorauengehalt = 1 Tonne Tragfähigkeit zu bewerten.
- 2.2 Werden Abgaben nach Gewicht berechnet, ist das Bruttogewicht der Güter nach den Angaben in den Fracht- oder Ladepapieren oder die amtliche Gewichtsfeststellung zugrunde zu legen.
- 2.3 Bei Holzladungen ohne Gewichtsangaben wird das Gewicht wie folgt ermittelt:
- 2.3.1 bei schwerem Holz (Afrikan. Birnbaum, Aborn, Bongossi, Buche, Bruyère, Ebe, Eiche, Esche, Espe, Hainbuche, Hickory, Kambala, Nußbaum, Palisander, Pitchpine, Pock, Rotbuche, Sapeli-Mahagoni, Teak, Ulme (Rüster) und Zebrano)
- |                                      |            |
|--------------------------------------|------------|
| für 1 Fest- oder Kubikmeter (fm/cbm) | = 900 kg   |
| für 1 Raummeter (rm)                 | = 600 kg   |
| für 1 Canad. Cord                    | = 2 300 kg |
| für 1 Faden (Fathom)                 | = 3 700 kg |
| für 1 Standard (Std)                 | = 3 600 kg |
- 2.3.2 bei leichtem Holz (alle anderen Holzarten)
- |                                      |            |
|--------------------------------------|------------|
| für 1 Fest- oder Kubikmeter (fm/cbm) | = 700 kg   |
| für 1 Raummeter (rm)                 | = 450 kg   |
| für 1 Canad. Cord                    | = 1 700 kg |
| für 1 Faden (Fathom)                 | = 2 800 kg |
| für 1 Standard (Std)                 | = 2 600 kg |
- 2.4 Bei Kies und Sand werden für 1 cbm 1 670 kg berechnet.
- 2.5 Werden die Abgaben nach Quadratmetern berechnet, ist die benutzte Fläche durch Vervielfältigung der größten Länge mit der größten Breite zu ermitteln.
- 2.6 Angefangene Erhebungseinheiten (100 kg, m, m<sup>2</sup>, Kalendertag, Monat) werden voll berechnet.  
Die Abgabebeträge werden jeweils auf volle 10 Pf aufgerundet.

## 3. Besondere Bestimmungen

- 3.1 Hafengeld
- 3.1.1 Hafengeld wird erhoben für jede angefangene Zeiteinheit von 30 Kalendertagen ununterbrochenen Aufenthalts im Hafengebiet
- 3.1.11 für Fahrzeuge,  
die ausschließlich oder vorwiegend der Beförderung von Gütern dienen und, ohne zu laden oder zu löschen, in einen Hafen einlaufen, ab dem Tag des Einlaufens in den Hafen 2 Pf/t Tragf.  
oder  
die laden oder löschen und über die festgesetzte Lade- und Löschzeit hinaus im Hafen liegenbleiben, ab dem nach Beendigung der festgesetzten Lade- und Löschrfristen folgenden Tage 2 Pf/t Tragf.  
verlassen die Fahrzeuge den Hafen binnen 48 Stunden nach diesem Zeitpunkt, so ermäßigt sich das Hafengeld auf 0,5 Pf/t Tragf.
- 3.1.12 für Fahrgastschiffe und Schleppboote, die länger als 48 Stunden im Hafen verweilen, ab dem Tage des Einlaufens in den Hafen 6 Pf/m<sup>2</sup>
- 3.1.13 für Fähren, Bagger und sonstige nicht auf Tragfähigkeit geeichte Schwimmkörper, die länger als 48 Stunden im Hafen verweilen, ab dem Tag des Einlaufens in den Hafen und

für Flöße ab dem Tage nach Beendigung der festgesetzten Lade- und Löschrfristen

5 Pf/m<sup>2</sup>

- 3.1.14 für Fahrzeuge mit eigener Triebkraft, die den Hafen ausschließlich zur Übernahme von Betriebsstoffen für eigene Antriebsmaschinen anlaufen oder die zur Hilfeleistung bei der Be- oder Entladung von Frachtschiffen eingesetzt werden, bei einer Aufenthaltsdauer bis zu 48 Stunden 300 Pf  
bei längerer Aufenthaltsdauer monatlich 2 Pf/t Tragf.
- 3.1.15 Für Sportfahrzeuge wird Hafengeld nach besonderer Vereinbarung erhoben.
- 3.2 Ufergeld
- 3.2.1 Ufergeld wird erhoben für
- 3.2.11 Güter, die über das Ufer ein- oder ausgeladen werden,
- 3.2.12 Güter, die unmittelbar von Schiff zu Schiff umgeschlagen werden; in diesem Falle wird nur die Hälfte des Ufergeldes erhoben,
- 3.2.13 Güter, die von Schiff zu Schiff unter Benutzung des Ufers umgeschlagen werden; in diesem Falle wird das Ufergeld nur einmal erhoben.
- 3.2.14 Getreide, wenn der Umschlag zur Zwischenbehandlung erfolgt; in diesem Falle wird das Ufergeld nur einmal erhoben,
- 3.2.15 Personen, die im Fahrgastverkehr über das Ufer ein- oder aussteigen.
- 3.2.2 Bei der Einstufung der Güter wird das Güterverzeichnis für den Verkehr auf deutschen Binnenwasserstraßen vom 1. April 1959 (Hinweis Nr. 63 im Amtsblatt des Bundesministers für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland – V.k.Bl. 1959 S. 95 – in der Fassung vom 1. Januar 1961 – V.k.Bl. 1960 S. 256 – nebst Nachträgen) angewendet.  
Bei Mischladungen wird für die gesamte Ladung der Tarif für das Gut der höchsten Güterklasse angewendet, sofern nicht das Gewicht der Güter getrennt nach Güterklassen nachgewiesen wird.
- 3.2.3 Für jede Tonne umgeschlagenen Gutes wird erhoben
- |                               |       |
|-------------------------------|-------|
| für Güter der Güterklasse I   | 35 Pf |
| für Güter der Güterklasse II  | 35 Pf |
| für Güter der Güterklasse III | 25 Pf |
| für Güter der Güterklasse IV  | 25 Pf |
| für Güter der Güterklasse V   | 20 Pf |
| für Güter der Güterklasse VI  | 13 Pf |
- 3.2.4 Für Fahrgastschiffe und Fahrzeuge, die Personen und Güter befördern, wird neben der nach Tz. 3.2.3 vorgesehenen Abgabe für Güter erhoben  
für Personen beim jedesmaligen Anlegen im Hafen je Kopf der zugelassenen Höchstzahl der Fahrgäste 3 Pf  
mindestens jedoch für ein Fahrzeug 300 Pf

## 4. Befreiungen

Befreit sind

- 4.1 vom Hafen- und Ufergeld  
Fahrzeuge, Schwimmkörper und Güter, die der Bundesrepublik Deutschland oder den Ländern gehören oder ausschließlich für deren Rechnung befördert werden, sofern sie Aufsichtszwecken, Wasserbauzwecken oder dem Ausbau der Wasserstraßen dienen,
- 4.2 vom Hafengeld  
Fahrzeuge, solange sie den Hafen nach Beendigung des Lade- oder Löschgeschäftes wegen Eis oder einer Schiffsahrtssperre nicht verlassen können,
- 4.3 vom Ufergeld  
Güter, die lediglich zur Erfüllung steueramtlicher Vorschriften vorübergehend auf Land gesetzt werden.
5. Der Tarif tritt am 1. September 1976 in Kraft.

**Innenminister****Gemeindefinanzreform****Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer  
im Haushaltsjahr 1976**

Gem. RdErl. d. Innenministers – III B 2 – 6/010 – 9665/76 –  
u. d. Finanzministers – KomF 1110 – 1.76 – I D 4 –  
v. 11. 10. 1976

Die Gesamtsumme des auf die Gemeinden des Landes entfallenden Anteils an der Einkommensteuer nach dem Ist-Aufkommen (vgl. § 3 Abs. 2 der Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und die Abführung der Gewerbesteuerumlage vom 9. Dezember 1969 (GV. NW. S. 904), zuletzt geändert durch Verordnung vom 17. Februar 1976 (GV. NW. S. 88), – SGV. NW. 602 – wird für den Abrechnungszeitraum Juli bis September 1976 auf

**1 211 740 284,77 DM**

festgesetzt.

Unter Berücksichtigung eines Restbetrages aus dem II. Quartal 1976 wird voraussichtlich ein Betrag von 1 211 740 305,73 DM entsprechend den Schlüsselzahlen aufgeteilt.

– MBl. NW. 1976 S. 2196.

**Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr****Übereinkommen****vom 1. September 1970 über internationale  
Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel  
und über die besonderen Beförderungsmittel,  
die für diese Beförderungen  
zu verwenden sind (ATP)**

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr  
v. 14. 10. 1976 – IV/A 2 – 40 – 95

- 1 Der Bundesminister für Verkehr wird im Einvernehmen mit den obersten Verkehrsbehörden der Länder eine Bekanntmachung über die Durchführung des Übereinkommens vom 1. September 1970 über internationale Beförderungen leicht verderblicher Lebensmittel und über die besonderen Beförderungsmittel, die für diese Beförderungen zu verwenden sind (ATP), im Verkehrsblatt 1976, Heft 20, veröffentlichen. Ich bitte, diese Bekanntmachung zu beachten.
- 2 Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen hat eine Verordnung über die Bestimmung der zuständigen Behörden nach dem ATP beschlossen, die in Kürze verkündet werden wird.
- 2.1 Danach wird die Bescheinigung nach Anlage 1 Anhang 1 Ziffer 4 des ATP für Straßenfahrzeuge von der für die Zuteilung des amtlichen Kennzeichens zuständigen Behörde (Zulassungsstelle nach § 23 StVZO) ausgestellt. Für die Erteilung entsprechender Bescheinigungen für Straßenfahrzeuge, die nicht im Geltungsbereich der StVZO zugelassen sind, sowie für Container, Wechsellaufbauten, Wechselbehälter und andere austauschbare Ladungsträger, die im Straßenverkehr verwendet werden, wird jede Behörde örtlich zuständig sein, die Zulassungsstelle nach § 23 StVZO ist.
- 2.2 Zuständige Behörde nach Anlage 1 Anhang 1 Ziffer 1 des ATP zur Bestimmung oder Anerkennung von Prüfstellen sowie nach Anlage 1 Anhang 2 Ziffern 29 und 49 des ATP

zur Bestimmung der Anwendung von Prüfverfahren und zur Beauftragung von Sachverständigen werde ich sein. Ich beabsichtige, sowohl die Anwendung der unter den Ziffern 7 bis 27 bzw. den Ziffern 32 bis 47 der Anlage 1 Anhang 2 des ATP beschriebenen Methoden (Prüfung durch eine Prüfstelle) als auch das vereinfachte Prüfungsverfahren (Prüfung durch einen Sachverständigen) zuzulassen.

Über eine Prüfstelle im Sinne des ATP verfügt z. Z. nur der Bayerische Technische Überwachungs-Verein in München. Das Land Bayern wird in Kürze den Bayerischen Technischen Überwachungs-Verein als Prüfstelle anerkennen. Mit der Aufgabe der Sachverständigen im Sinne des ATP werden die Technischen Überwachungs-Vereine in der Bundesrepublik und in Berlin (West) betraut werden.

- 3 Es bestehen keine Bedenken, wenn die Zulassungsstellen nach § 23 StVZO vor Inkrafttreten der unter Nr. 2 erwähnten Zuständigkeitsverordnung Bescheinigungen nach Anlage 1 Anhang 1 Ziffer 4 des ATP ausstellen. Prüfberichte nach Anlage 1 Anhang 2 des ATP (Prüfberichte einer Prüfstelle), die vom Bayerischen Technischen Überwachungs-Verein erstellt werden, und Prüfberichte nach den Anlagen der Bekanntmachung des Bundesministers für Verkehr – siehe Nr. 1 – (Prüfberichte eines Sachverständigen), die von einem Technischen Überwachungs-Verein in der Bundesrepublik Deutschland oder Berlin (West) gefertigt werden, können bereits jetzt als Prüfberichte für die Vorbereitung von Bescheinigungen nach Anlage 1 Anhang 1 Ziffer 4 des ATP verwendet werden.
- 4 Die Gebühr für die Ausstellung einer Bescheinigung nach Anlage 1 Anhang 1 Ziffer 4 des ATP ist nach der Tarifstelle 30,5 des Allgemeinen Gebührentarifs (Anlage zur Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung vom 9. Januar 1973 – GV. NW. S. 98, zuletzt geändert durch Verordnung vom 30. März 1976 – GV. NW. S. 134 –, (SGV. NW. 2011) zu erheben. Ein Betrag von 10,— DM je Bescheinigung erscheint angemessen.

– MBl. NW. 1976 S. 2196.

**Personalveränderungen****Justizminister****Finanzgerichte**

Es sind ernannt worden:

die Richter am Finanzgericht

E. Hesse aus Düsseldorf,

W. Kersken aus Düsseldorf,

W. Tillen aus Düsseldorf und

H. Zollenkopf aus Münster

zu Vorsitzenden Richtern am Finanzgericht in Düsseldorf.

Es ist in den Ruhestand getreten:

Vorsitzender Richter am Finanzgericht Dr. K. O. Eitzbach in Düsseldorf.

– MBl. NW. 1976 S. 2196.

**Landesrechnungshof**

Es wurde ernannt:

Oberregierungsrat W. Fink

zum Regierungsdirektor.

– MBl. NW. 1976 S. 2196.

**Einzelpreis dieser Nummer 2,80 DM**

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, Tel. 6888 293/94, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Verlag: August Bagel-Verlag, Düsseldorf; Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt wird, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 25,80 DM, Ausgabe B 27,— DM.  
Die genannten Preise enthalten 5,5 % Mehrwertsteuer.